Gewissen

30 Pfennige

Siebenter Jahrgang — Nummer 44

Sonnabend, den 31. Oktober 1925

Für den Ring herausgegeben von Ed. Stadtler

Klärung.

Die Mitte der Woche hat eine vom nationalen Standpunkt aus sehr erwünschte Klärung der innenpolitischen Lage gebracht. Nach Außen sichtbar ist das geworden durch die Rede des Reichskanzlers Dr. Luther in Essen einerseits, durch die Erklärungen des Parteivorsitzenden Winckler auf der andern Seite. Die Rede Dr. Luthers brachte zwar außenpolitisch nichts Neues. Ihre Bedeutung liegt in der Innenpolitik. Wie Luther die von den Deutschnationalen angegriffenen Punkte der Verträge von Locarno interpretiert, so ist das schon von Seiten Dr. Stresemanns im Auswärtigen Ausschuß geschehen, und die Wiederholung hat diese Interpretation nicht glaubhafter gemacht, um so weniger, als von Tag zu Tag mehr Stimmen aus dem Ausland herüberschallen, die in der Interpretation gerade den Dr. Luther und Dr. Stresemann entgegengesetzten Standpunkt einnehmen und damit die Kritik der Deutschnationalen bestätigen. Um nur eine dieser Fragen herauszugreifen, so weiß der Kanzler auf den Angriff gegen die Präambel des deutsch-polnischen Schiedsvertrages nichts zu antworten. Der Vergleich dieser Präambel mit einem rechtspolitischen Spiegelbild des juristischen Inhalts dieses Schiedsvertrages kann jedenfalls nicht beruhigen. Denn nirgendwo kommt in diesem Vertrage klar zum Ausdruck, daß unter den Rechten eines Staates, die nur mit seiner Zustimmung geändert werden können, politische Ansprüche in territorialen und Grenzfragen nicht verstanden werden sollen! Die Präambel ist eben politischer Natur, und so auch wird sie von dem polnischen Außenminister und seinen Freunden verteidigt gegen die Kritik, die sie im Auswärtigen Ausschuß des polnischen Landtags haben über sich ergehen lassen müssen. Graf Skrzynski hat gleich nach seiner Rückkehr von Locarno in einem Interview als wesentlichen Erfolg der internationalen Politik bezeichnet, daß die Deutschen nunmehr freiwillig das Staatenbild von Europa anerkannt hätten, dessen Gestaltung ihnen in Versailles aufgezwungen worden wäre. In diesen Worten ist der Triumph versteckt, den der Pole trotz aller sonstigen Verzichte aus Locarno nach Hause gebracht hat, der Triumph über die Präambel des Schiedsvertrages mit Deutschland, welche — nach seiner Meinung — den Streit um den Korridor und um Oberschlesien zu Gunsten Polens begräbt!

Die internationale Diskussion über das Ergebnis von Locarno wird unseres Erachtens nicht nur die Divergenz zwischen der deutschen Ansicht der Dinge und der des Auslands vertiefen, sondern vor allem auch in Deutschland selbst die Kräfte auseinandertreiben. Denn wenn von deutschnationaler Seite geglaubt wird, daß Enttäuschungen derart, wie unsere Delegierten von Locarno sie jetzt erleben, nachdem ihre neuen Freunde nach London, Paris oder Warschau zurückgekehrt sind, daß solche Enttäuschungen die Regierenden von ihren Illusionen heilen und die Parteien der Mitte zusammen mit dem Kabinett auf die deutschnationale Linie herüberführen würden, so ist das auch wieder eine Illusion. Man kann ruhig behaupten, daß Dr. Luther und Dr. Stresemann — und dann natürlich hinter ihnen die Volkspartei und das Zentrum — unbelehrbar sind und unbelehrbar bleiben müssen, wenn anders sie nicht sich selbst das moralisch-politische Todesurteil sprechen wollen. Was weder von Dr. Luther noch auch von Dr. Stresemann erwartet werden kann. Der Kanzler hat entgegen seiner ausdrücklichen Zusage, die er vor der Reise nach Locarno den Deutschnationalen gegeben hat, sich auf die Paraphierung von Verträgen eingelassen, und zwar, wie er zurückgekehrt den Parteiführern erklärt hat, weil er es mit seinem Gewissen nicht hätte vereinbaren können, die Stunde des Friedens von Locarno zu verpassen. Luther glaubt felsenfest an den Frieden, der von diesem seinen Entschluß in Locarno her für Deutschland kommen wird. Er glaubt daher auch an die „Rückwirkungen" der Verträge von Locarno. „Die Erklärungen, die nach sehr zahlreichen Erörterungen aller Einzelfragen von den Außenministern Frankreichs, Engalnds und Belgiens in der Schlußsitzung von Locarno abgegeben worden sind, geben eine feste Grundlage dafür ab, daß alsbald diese Rückwirkungen durchgeführt werden." Zusammen mit dem Außenminister habe er die Ueberzeugung gewonnen und hege auf Grund der in Locarno abgegebenen feierlichen Erklärungen unerschütterlich diese Ueberzeugung, daß ein solcher Gesamttatbestand, wie er den Nachweis für die Auswirkung des Friedensgedankens erbringt, den verfassungsmäßigen Instanzen zur rechtzeitigen Entscheidung vor Unterzeichnung der Verträge am ersten Dezember würde unterbreitet werden können. Dabei hütet sich der Kanzler ängstlich, den von ihm erwarteten Tatbestand genauer zu bezeichnen. Er gibt keine Liste von Forderungen bekannt, die von der Entente erfüllt sein müßten, damit er und die Regierung sich entschließen könnten, dem Reichstag die Annahme der Verträge von Locarno zu empfehlen. Der Verdacht ist berechtigt, daß Dr. Luther sich mit dem „Beweis guten Willens" begnügen wird, der seiner Meinung nach vielleicht schon mit dem Anfang der Räumung von Köln erbracht sein würde. Denn er selbst hat gemeinsam mit dem Außenminister Dr. Stresemann sein „politisches Schicksal mit dieser Entscheidung verknüpft". Um diese Entscheidung also wird er kämpfen bis zuletzt. Welchem Entschluß gegenüber er selbst es als eine Frage von nachgeordneter Bedeutung bezeichnet, in welcher Weise dieser sichere deutsche Volkswille seinen endgültigen Ausdruck findet, sei es im Parlament wie es ist, sei es durch Befragung des deutschen Volkes selbst.

Während wir also Luther, unbeirrt durch die Auffassung des Auslandes in seinem Glauben an die Friedensgewalt von Locarno, zur Reise nach London sich rüsten sehen, marschieren die Deutschnationalen gerade unter dem Eindruck der Auslandsstimmen, welche ihre Befürchtungen bestätigen, immer weiter von Luther und London hinweg, bis sie wirklich in der Opposition angekommen sein werden. Und es scheint fast so, als ob ihnen bereits auch dämmert, daß die Wiedergewinnung der Opposition heute nicht mehr eine Kleinigkeit ist, sondern mit schweren Opfern, auch parteipolitischer Natur, verbunden sein wird. Nach Auflösung des Reichstags wird die Partei nicht mehr als stärkste Massenpartei aus den Neuwahlen hervorgehen. Sie wird dezimiert werden. Das muß die Partei innerlich zu tragen wissen, indem sie versucht, was sie an breiten parlamentarischen Möglichkeiten verloren hat, durch innere geistige und willensmäßige Stärke ihrer politischen Front wieder gutzumachen.

Als Auftakt zu solcher Gesinnung und Handlung möchte man gern die Erklärung der Parteileitung begrüßen. Diese Erklärung zieht endlich den Strich gegen die Politik, die vom Kabinett Luther mit dem Februar-Memorandum eingeleitet worden ist. Die Mitwirkung der Deutschnationalen an der Regierung wird nicht mehr positiv nur noch negativ begründet mit der Absicht, Schlimmeres zu verhüten und eigenen Zielen wenigstens den Weg offen zu halten. Die verabredungswidrige Paraphierung der Verträge von Locarno habe auch diese Möglichkeit vernichtet. „Darum haben wir unsern Einfluß als Regierungspartei geopfert!" Endgültig? Die „Wiedergewinnung der vollen Handlungsfreiheit" hat politischen Wert nur in der Opposition!

Bestellungen

auf das „Gewissen" bitten wir bei der eigenen Postanstalt aufzugeben. Der monatliche Bezugspreis beträgt für diesen Fall eine Mark. Vom Verlage werden nur Bestellungen auf Streifbandbezug entgegengenommen. Der monatliche Bezugspreis bei Streifbandversand beträgt M. 1.25.

Ring-Verlag G. m. b. H.
Berlin W 30, Motzstr. 22.

Aus dem Inhalt:

Klärung

Die sterbende Landwirtschaft
Von Hans Nagel

„We are friends now"
Von Erich Lilienthal

Englische Gesellschaft
Von Dr. Gustav Steinbömer

Norwegen und Dänemark
Von Georg Dietwede

Pflicht oder Psychologie?
Von Dr. Franz Wetzel

Kritik der Presse

Die sterbende Landwirtschaft.

Von Hans Nagel.

Der Herr Reichsminister für Ernährung und auch für Landwirtschaft hat auf der Tagung der größten landwirtschaftlichen Organisation am 28sten Oktober darauf hingewiesen, daß mit der Beendigung des Krieges eine wirtschaftliche Revolution eingetreten sei, die sich fast auf alle Länder erstrecke. Am greifbarsten sei davon der dicht bevölkertste Erdteil erfaßt worden. Darin muß man dem Minister Recht geben. Es fragt sich nur, ob die Regierung Deutschlands nicht Vieles getan oder unterlassen hat, was die Wirkung dieser Revolution noch verstärkt hat. Die Dinge liegen nicht so, daß alle Lasten, die zur Zeit auf der deutschen Wirtschaft ruhen, unbedingt als Folgen dieser Wirtschaftsrevolution angesehen werden müssen. Es ist vielmehr so, daß die Majorität des Reichstages, dieses Kartell der Konsumenten-Politiker, ohne durch außenpolitische Maßnahmen veranlaßt zu sein, eine Wirtschaftspolitik getrieben hat, die allein schon genügte, die Wirtschaft in den Zustand zu versetzen, in dem sie sich jetzt befindet. Wenn der Herr Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft davon sprach, daß das deutsche Volk den Mut zur Armut haben müßte, so sei ihm entgegengehalten, daß zunächst einmal das Reich den Mut zur Sparsamkeit und Einschränkung aufbringen muß. Das deutsche Volkseinkommen betrug im Jahre 1913 rund 37 Milliarden Mark, die Steuerlast, einschließlich der sozialen Kosten, rund 6 Milliarden. Für 1924 wird das Volkseinkommen auf 25 Milliarden geschätzt, bei einer Belastung mit 11 Milliarden. Dieser Mehrbedarf von 5 Milliarden zeugt nicht vom Mut zur Armut des Reiches. In dem laufenden Jahr wird das Steueraufkommen den Voranschlag noch übersteigen, und zwar um etwa rund eine Milliarde, denn in den ersten 4 Monaten sind bereits 400 Millionen Mehreingänge gewesen, als veranschlagt. Also doppelte Steuerlast beim verarmten Land! Selbst wenn man 40 vH. Goldentwertung zubilligt, ist das Steuereinkommen noch um 3,4 Milliarden höher gegenüber der Vorkriegszeit. Wenn man also davon ausgeht, daß das Reich etwa 3 Milliarden Ausgaben im Jahre sparen kann — und in Ansehung der gesamten Aufblähung des Behördenapparates und der übertriebenen sozialen Fürsorge muß man eine solche Einsparung für möglich halten —, dann würde dieser Betrag gerade soviel ausmachen, wie das Sparkapital der landwirtschaftlichen Genossenschaften, d. h. im wesentlichen das landwirtschaftliche Betriebskapital am ersten Oktober 1914 betrug!

Es muß rund herausgesagt werden, daß die jetzige Finanzpolitik, die sich nicht nach der Tragfähigkeit der Wirtschaft richtet und über den an sich schon zu hohen Bedarf des Reiches hinaus noch Schätze ansammelt, weiter nichts ist als Staatskapitalismus, der den besten Schrittmacher für den allgemeinen Sozialismus darstellt. Marschieren wir auf diesem Wege weiter, dann kommen wir dazu, daß der Staat als alleiniger Inhaber wesentlicher Kapitalien die Wirtschaft bevormundet und sich in die Hand spielt — und das ist nichts anderes als Sozialismus.

Wenn also für die gesamte deutsche Wirtschaft, wie es die Vertreter aller Wirtschaftsgruppen bei den Tagungen des letzten Jahres übereinstimmend zum Ausdruck gebracht haben, die augenblickliche Belastung nicht tragbar ist, — warum ändert man sie nicht? Weil die Regierung abhängig ist von der Majorität des Reichstages, und diese wird — da bei allgemeinen Wahlen stets die Konsumenten die meisten Wähler stellen — stets Konsumenten- und nicht Produktionspolitik treiben, bis sie die Wirtschaft zu Tode politisiert hat. Das Sterben hat bereits begonnen, teils durch Herzschlag infolge Blutleere, teils infolge chronischer Krankheit. Die Landwirtschaft stirbt nicht — wie die industriellen Unternehmungen — am plötzlichen Schlaganfall, sie siecht allmählich dahin. Nicht die Kreditnot und nicht die Absatzkrise sind die Krankheitssymptome und Gründe für das Absterben der Landwirtschaft, das sind nur akute Erscheinungen. Selbst wenn jetzt durch Erleichterung der Wechselverpflichtungen durch Hinausschiebung und Verteilung der Rückzahlungstermine eine Besserung eintreten sollte, so ist damit kein dauernder Erfolg gesichert. Die Landwirtschaft wird man vor der Extensivierung und das heißt vor ihrem gänzlichen Ruin, nur bewahren können, wenn man wieder die Voraussetzungen für ihre Rentabilität schafft. Da der Reichstag sich hierzu aus den oben erwähnten Gründen außerstande gezeigt hat, muß der Versuch gemacht werden, diesem Monopolpar-

ment ein Gegengewicht etwa in der Gestalt des umzubauenden Reichswirtschaftsrates an die Seite zu stellen. Dazu wird man fordern müssen, daß der Reichswirtschaftsrat nicht auf Grund irgendeines Wahlrechts berufen wird, daß er ferner ein Gremium mit gesetzgeberischen Funktionen wird, und in der Lage ist, dem Reichstag gegenüber ein Veto einzulegen, wenn dieser sich anschickt, sich von der wirtschaftlichen Vernunft zu entfernen. Wir kämen auf diese Weise zu einer Art Zweikammersystem, das das augenblicklich überspannte parlamentarische System wenigstens etwas ausgleicht.

Wenn von landwirtschaftlicher Seite eine Wiederherstellung des vor dem Kriege annähernd erreichten Gleichgewichts zwischen den Erzeugerpreisen für landwirtschaftliche Produkte und den Preisen für gewerbliche und industrielle Produkte, insbesondere denen für die landwirtschaftlichen Produktionsmittel verlangt wird, so wird auch die Erfüllung dieser Forderung auf die Dauer nur möglich sein, wenn die Sparsamkeit des Reiches gleichzeitig einsetzt. Es ist allerdings unzweifelhaft, daß die Relation zwischen Bedarf und Produkt der Landwirtschaft auch noch von anderen Faktoren als nur von den allgemeinen Lasten ungünstig beeinflußt wird. Abgesehen von der Aufblähung des Handels, von der übermäßig großen Zahl der überflüssigen Zwischenglieder aller Art wirkt sich vor allen Dingen die Kartellierung aller derjenigen aus, die die Lieferanten des Landwirts darstellen. Der Arbeiter hat seine Lohngewerkschaft, der Handwerker seine Innung, die Textilfabrikanten ihr Kartell, die Düngermittellieferanten ihr Syndikat. Die Letzteren sind sogar in der angenehmen Lage, daß ihr Syndikat auf gesetzlicher Grundlage beruht. Es besteht für die Düngemittelindustrie also eine Art Zwangswirtschaft! Diese unterscheidet sich aber von der Zwangswirtschaft, die seinerzeit für die landwirtschaftlichen Produkte gesetzlich festgelegt war, dadurch, daß die Preise für die Düngemittel einheitlich festgesetzt werden auf Grund von Kalkulationen der Düngerproduzenten; sie stellt also gesetzlich die Rentabilität des Produzenten sicher. Bei der landwirtschaftlichen Zwangswirtschaft nahm man auf die Produktionskosten des Getreides überhaupt keine Rücksicht, sondern ging von dem Brotpreis aus, den man dem Konsumenten zumuten zu können glaubte. Also gesetzlicher Preisschutz für die Lieferanten der Landwirtschaft und gesetzliche Willkür gegenüber dem landwirtschaftlichen Produzenten! Es soll nichts dagegen gesagt werden, daß während des Krieges die Regierung durch Gesetzesmaßnahmen einem Zuvielverdienen der Landwirtschaft vorbeugte — mit demselben Recht kann aber auch verlangt werden, daß dann eingegriffen wird, wenn durch zu geringe Produktenpreise die gesamte Landwirtschaft zum Erliegen zu kommen droht. Und das um so mehr, als die Regierung selbst Schuld an der Belastung ist, die auf der Landwirtschaft ruht.

Kluge Leute schlagen vor, bei der Landwirtschaft zur Rationalisierung zu schreiten; nur die produktivsten Gebiete sollen bearbeitet werden, die weniger guten Böden sollen brach liegen. Nein, umgekehrt; das Ziel muß sein, daß durch vermehrte Technisierung und Intensivierung auch der kärgste Boden seinen Mann nährt und zur Ernährung des Volkes das Seinige beiträgt. Der Wille der Landwirtschaft hierzu ist vorhanden. Es fehlt aber an Mitteln zur Durchführung, und wo sie waren, hat der Staat sie genommen oder schickt sich an, den Rest noch zu nehmen. Beschreitet man den Weg der Rationalisierung, so nimmt man gleichzeitig einem großen Teil der ländlichen Bevölkerung die Existenzmöglichkeit. Will man das, so wird man die Antwort auf die Frage nicht schuldig bleiben dürfen: Wohin mit den Existenzlosen? In allen Ständen, in der Beamtenschaft, in der Industrie, im Handel, hat man schon heute zuviel Existenzen mitzuschleppen, die unproduktiv und belastend für Staat und Wirtschaft sind. Will man auch für die Landwirtschaft die gleiche Lage schaffen? Will man die Inflation der Menschen auf alle Wirtschaftsgruppen ausdehnen? Muß man nicht vielmehr dafür sorgen, daß die Landwirtschaft wieder allgemein intakt wird, damit sie die Hauptabnehmerin der deutschen Industrie werden kann und dazu beiträgt, die Zahl der industriellen Arbeitslosen und Kurzarbeiter zu vermindern?

Die Lasten aus dem Dawes-Abkommen haben sich im letzten Jahr unmittelbar bei der Landwirtschaft durch die Rentenbanksteuer bemerkbar gemacht, die die Landwirtschaft zunächst zur Herbeiführung der Stabilisierung zusammen mit anderen Berufen auf sich nahm, dann aber auf Grund der Dawes-Gesetze von der Landwirtschaft allein getragen werden mußten. Mittelbar wirkten die Dawes-Lasten sich u. a. in den Bahnfrachtsätzen aus, die für die Landwirtschaft von wesentlicher Bedeutung sind. Wir stehen heute aber erst im Anfang dessen, was auf Grund des Dawes-Abkommens zu leisten ist. Wie wird es erst werden, wenn die direkten Leistungen, die 1928 beginnen, die deutsche Wirtschaft belasten? Schon heute ist es nicht gelungen, einen Ausgleich zwischen Wirtschaft und Staatsbedarf zu schaffen; man braucht sich nicht unter die großen Propheten zu rechnen, wenn man behauptet, daß bei Fortführung der bisherigen Wirtschaftspolitik die geforderten Leistungen auf Grund des Dawes-Abkommens für Deutschland eine Unmöglichkeit darstellen. Aber gerade die Mehrzahl der deutschen Dawes-Befürworter sind auch diejenigen, die die Hauptschuld für die vermeidbare, ungesunde und übertriebene innere Belastung der Wirtschaft tragen. Folgerichtig wäre gewesen, wenn die Dawes-Befürworter sich zur Aufgabe gemacht hätten, die innere Belastung so gering wie möglich zu gestalten, um die Möglichkeit zur Tragung der äußeren Lasten zu schaffen.

Die politische Woche.

In Berlin bekämpfen sich die Wahltrupps von Rechts und Links mit Lysol und Salzsäure, und man wählt sich eine Mehrheit von Kommunisten und Sozialisten in das Stadtparlament. — Im preußischen Landtag findet Severing die Unterstützung der kommunistischen Partei und der Mißtrauensantrag gegen ihn wird dadurch zu Fall gebracht. — Von den zum badischen Landtag Wahlberechtigten bleibt die eine Hälfte zu Hause.

*

Die deutschnationalen Minister treten aus dem Reichskabinett aus. — Die deutsche Volkspartei macht ihre Zustimmung zu Locarno von einer vorhergehenden Aenderung des Besatzungsregimes abhängig. — Die belgischen Kriegsgerichte setzen die Verurteilung von deutschen Offizieren zum Tode und zu Zwangsarbeit fort. — Graf Skrzynski sagt zu dem deutschen Botschafter in Warschau mit Zynismus, daß die Optantenausweisungen mit Rücksicht auf die bevorstehende deutsche Unterschrift unter das Abkommen von Locarno bis dahin vorläufig aufgeschoben sind.

*

Der französische Frank fällt. — Caillaux stürzt. — In der amerikanischen Presse wird gesagt, daß es nachgerade für Amerika nötig sei, die Frankenwährung zum Zusammenbruch zu bringen, um die französische Abrüstung zu erzwingen.

*

Der Völkerbundsrat fordert Griechenland und Bulgarien auf, ihre Truppen hinter die Grenze zurückzuziehen. — Die türkische Regierung lehnt ab, im Mossulkonflikt das Haager Schiedsgericht als eine entscheidende Instanz anzuerkennen.

*

In Polen steigt die Zahl der Arbeitslosen auf über Zweihunderttausend. — Die Tschechei borgt sich von Amerika fünfundzwanzig Millionen Dollar. — Bei der Untersuchung der Gründe für die kölner Millionenfehlbeträge stellt sich als bezeichnend für einen neudeutschen Stadthaushalt heraus, daß in Köln auf je einhundertsiebenundvierzig Bewohner ein städtischer Beamter und auf den Kopf der Bevölkerung dreiundfünfzig Mark für Wohlfahrtsausgaben kommen.

*

Die Franzosen zerstören in fünfzigstündigem Artilleriefeuer Damaskus. — In der französischen Presse wird die Entwicklung des syrischen Aufstandes als besorgniserregend geschildert. — In der englischen Presse wird die Entwicklung in Syrien auf die französischen Militärs, auf deren Nervosität und Brutalität zurückgeführt.

*

Die deutsche Sozialdemokratie verlangt die Auflösung des Reichstags, um bei derjenigen Regierung dabei zu sein, die unter die Abmachungen von Locarno ihren Namen setzen wird.

„We are friends now".

Von Erich Lilienthal.

Am 13ten November 1901 erklärt der damalige englische Kriegsminister über die englische Kriegführung im Burenkriege, niemals sei ein Krieg mit mehr Menschlichkeit geführt worden als dieser. Die Sterblichkeit in den Konzentrationslagern, in denen die Frauen und Kinder der kämpfenden Buren untergebracht waren, bereite allerdings der englischen Regierung ernsthafte Besorgnisse. Die Verlängerung des Krieges sei aber ohnedies nur der allzu wohlwollenden Behandlung der rebellischen Buren zuzuschreiben.

Am 21sten Mai 1902 erlassen die Burengenerale, deren Truppen erschöpft und von den Soldaten Kitcheners bis nach Vereniging, der südlichsten Grenzstation Transvaals, vertrieben worden sind, eine Erklärung, in der es unter anderem heißt: „Da die englische Regierung sich geweigert hat, mit den Buren auf der Grundlage ihrer Unabhängigkeit zu verhandeln, so müssen in Anbetracht der Lage des ganzen Volkes die englischen Bedingungen angenommen werden. Die von den englischen Militärbehörden eingeschlagene Kriegspolitik hat zu einer allgemeinen Verwüstung des gesamten Gebietes geführt. Die Wohnsitze und Dörfer sind niedergebrannt worden. Alle Nahrungsmittel und anderen Hilfsmittel für die Existenz der Familien wie für die Ausrüstung des Heeres sind von den englischen Truppen fortgenommen worden. In den Konzentrationslagern sind schon jetzt zwanzigtausend Frauen und Kinder gestorben, und es ist zu befürchten, daß bei einer Fortsetzung des Krieges das ganze Volk aussterben wird. Ferner sind die Wilden von den Engländern bewaffnet und gegen die wehrlosen Frauen und Kinder losgelassen worden . . ."

Am 2ten Juni 1902 erscheint Lord Kitchener, Besieger der Buren und Schöpfer der Konzentrationslager, in der Versammlung der Burenführer in Vereniging. Er hält eine kurze Ansprache, in der er die Buren seiner Hochachtung versichert, schüttelt ihnen allen herzlich die Hände und verabschiedet sich mit den Worten: „We are friends now!" Wir sind jetzt Freunde! Schon einige Zeit vorher hatte der damalige Kolonialminister Joe Chamberlain auf eine an ihn gerichtete Adresse erwidert, die Engländer seien nicht rach-

---

In der physischen Natur ist das Prinzip der Erhaltung durchaus an ein Prinzip der Zerstörung geknüpft. Jede neue Form geht aus der Zersetzung einer alten, der Stoff zu jeder Organisation aus den Elementen vernichteter Organisationen, das Leben aus dem Tode hervor.

Friedrich von Gentz

Englische Gesellschaft.

Von Gustav Steinbömer.

Man spielt jetzt in Berlin in ausgezeichneter Darstellung und mit großem Erfolge John Galsworthys „Loyality", das die deutsche Uebersetzung „Gesellschaft" nennt. Sie setzt damit für ein bestimmtes sozialgebundenes Ethos die soziologische Schicht, in der dieses Ethos Wirklichkeit wird. Indem so der Wertakzent von einer Gesinnung auf ihre Träger verlegt wird, ist schon der erste Schritt getan, die Sinnbedeutung des Stückes zu verwirren. Das Fehlen eines synonymen deutschen Wortes zeigt bereits an, daß das Stück in einer Dimension liegt, für die es keine deutsche Entsprechung gibt. Die richtungweisende Beibehaltung des englischen Titels hätte vielleicht manchem dazu verholfen, eher die in die Form eines interessanten Theaterstücks gekleidete Aeußerung über das Wesen der englischen Gesellschaft zu erfassen. Da es aber in englischem Sinne eine Gesellschaft in Deutschland nicht gibt, so führen alle von deutschen Zuständen her herangetragene Begriffe zu völlig verfehlten Ausdeutungen. Wo man dies fühlte, erschien es am richtigsten, „Loyality" für ein recht gut gemachtes Theaterstück zu erklären, das einen Kriminalfall in der Gesellschaft durch den Rassenunterschied technisch stark spannt. Die assoziative Verbindung mit Henri Bernsteins „Voleur" lag nahe und damit ein Maßstab, der über den Stil der Aeußerung ihren Sinn verkannte.

Seit Zerfall der alten europäischen Gesellschaft, die durch die ständische Staatsauffassung in der Gemeinschaft fundiert war, ist im bürgerlich-kapitalistischen Zeitalter durch den Ersatz der organischen durch mechanische Bindungen Gesellschaft immer mehr ein wechselndes und zufälliges Geflecht persönlicher, beruflicher und wirtschaftlicher Beziehungen geworden. Die alte Gesellschaft fühlte sich als Träger wesenhafter Kräfte, die sie zu eigenen Formen gestaltete. Der äußere Ausdruck dieser einheitlichen alles durchdringenden Wertung des Lebens war ihr „Stil", ein Zusammenklang, der in Gebärden und Trachten, Formen und Tempo des Verkehrs die gleiche seelische Haltung manifestierte, wie in den Aeußerungen der bildenden und redenden Künste.

Die neue Gesellschaft, ohne Beziehung zu einer in der Natur des Menschen gegründeten Rangordnung, ohne Schwerpunkt und seelischen Antrieb, verrät ihre Wesenlosigkeit in der Ohnmacht zu einem Stil. Sie bringt es nur zu individuellen und zivilisatorischen Eigenarten und Moden. Aber wie England bis auf den heutigen Tag noch ständische Elemente in seine Verfassung eingebaut hat, so hat seine neue Gesellschaft aus der alten eine Wertungsnorm ererbt: den Begriff des Gentleman. Dieser Begriff aus der alten Gentry ist in der heutigen Gesellschaft säkularisiert. Seine Werthaltigkeit ist hier nicht zu untersuchen. Es genügt festzustellen, daß eine an sich atomistische Gesellschaft durch ein übergeordnetes regulatives Prinzip sich zu einem Gesamtbewußtsein zusammenschließt, dessen Autorität sich der Einzelne unterwirft und verpflichtet. Da der Aufstieg in die Gesellschaft theoretisch nur an die bedingungslose, pragmatische Anerkenntnis dieser Normsetzung geknüpft ist, so stehen wir vor dem außerordentlichen Phänomen, daß die gesamte soziale Struktur Englands sich bisher an der Wertung der Gesellschaft, dem Gentleman-Begriff, normiert hat. Ins Politische projiziert, bedeutet dieser Begriff ein traditionalistisches, aristokratisches Ethos in einer durchgängig utilitaristischen Demokratie. Er gibt dieser Demokratie das oligarchische „unegalitäre" Prinzip, durch das sie zur politischen Herrschaft befähigt wird. Die englische Gesellschaft als verantwortlicher Träger des Gentleman-Begriffs erfüllt daher eine fundamentale staatliche Funktion. Und es ist klar, daß ihr verantwortliches Gesamtbewußtsein sich schützen muß gegen die unvermeidlichen Konflikte, die sich zwischen dem postulierten Wert und den unzulänglichen Trägern einstellen müssen.

Auch tiefer einer Wertewelt verhaftete, wirkliche Gemeinschaften wie Priester- und Kriegerkasten haben zu ihrer Erhaltung stets bestimmter Sicherheiten bedurft. Eine im Grunde subjektivistische Gesellschaft braucht natürlich ein gröberes maskierendes System, solange sie eine übergeordnete Wertfunktion erfüllen will. Das Sekuritätssystem der englischen Gesellschaft ist der cant. Er ist die mittelbare Uebereinkunft zur Ignorierung ständiger Zustände und Vorkommnisse, die der moralischen Normierung zuwiderlaufen. Die Technik des cants heißt Loyalität. Sie ist die solidarische Haftung für jeden, der in die der Gesellschaft lebensnotwendige Schutzsphäre aufgenommen ist. Wer durch exhibitionistische Verhaltung sich plakatiert oder kriminell macht, handelt wider den cant und verletzt die Loyalität. Ihn gibt die Gesellschaft erbarmungslos dem Ressentiment preis. (Der Fall Oscar Wildes.)

Der cant ist also ein konstitutives Element der englischen Gesellschaft. Und es ist töricht, diese Gesellschaft zu bewundern, sie um ihre traditionalistische staatliche Auslesefunktion zu beneiden, und sich über ihren cant zu entrüsten. Nur ein bürgerlich-liberaler Individualismus konnte auf die verpflichtungslose, weil wirklichkeitsferne Ideologie verfallen, daß „Freiheit und Wahrheit" die „Stützen der Gesellschaft" seien.

Das zentrale Problem im Schaffen John Galsworthy's ist der immanente Gegensatz zwischen der Freiheit des Einzelnen und dem Gesetz der Gesellschaft. Es ist — aus einer allgemein-gültigen Tiefendimension in eine Oberflächenschicht gehoben — der Konflikt des Tasso. Eine solche Konfrontierung als Problem zu empfinden, setzt natürlich die Anerkenntnis des Gesetzes und der Gesellschaft voraus. Weder für die von außen herangetragene Kritik, die die Wertfunktion der Gesellschaft leugnet oder unterschlägt, noch für die hedonistische Einstellung eines Wilde („mit der Gesellschaft zu leben, welch Unglück, aber außerhalb derselben zu stehen, welche Katastrophe") entsteht eine Problemlage. Das Problem erwächst nur aus der „Trotzdem"-Bejahung der Gesellschaft.

In „Loyality" liegt es aber umgekehrt so, daß die äußerliche Bejahung eine verhaltene Negierung ist, die bei einem zufälligen Anlaß durchbricht. Nicht durch einen unantastbaren geistigen oder moralischen Anspruch kommt ein Einzelner mit der normativen Ordnung in tragischen Konflikt, sondern in der verantwortungslosen Verfolgung seines formalen Rechts verneint er das ihm bewußt übergeordnete Ethos der Gesellschaft und erschüttert von innen heraus ihr Lebensgesetz.

Der junge Jude de Lewis hat sich in die Gesellschaft gedrängt, die nach ihrer kapitalistischen Struktur ihn um seines Reichtums willen aufnimmt, und an deren luxuriösen Lebensmanieren er nunmehr als Klub- und Sportsmann partizipiert. Mit seiner Aufnahme gilt er als selbstverständlich auf die Wertordnung der Gesellschaft verpflichtet, und es gehört zu deren cant, seine jüdische Abstammung zu ignorieren. Die diffizile Situation, in die er gesellschaftlich gerät — er wird von einem Mitglied der Gesellschaft bestohlen — erweist ihn als Fremdling in einer ihm völlig fernen Gesinnungssphäre. Anstatt einen so peinlichen Vorfall seiner mit dem erstrebten Eintritt in die Gesellschaft übernommenen Verpflichtung gemäß „loyal" zu „arrangieren", durchbricht er die behütete Schutzsphäre, ruft nach der Polizei und schreit den Andern ihren cant ins Gesicht. Seine rechenhafte Mentalität sieht in der Gesellschaft überhaupt nur die rechtliche Vertragsbeziehung, die ihm verletzt und deren Wiederherstellung zu fordern ist. Mit distinktem

süchtig. Ihre Feinde von gestern würden, wenn sie sich ergeben, die Freunde von morgen sein. — — — —

Nachdem England Südafrika verdaut und sich von den Folgen dieses schwersten seiner modernen Kolonialkriege erholt hatte, ging es daran, sich des inzwischen zu mächtig gewordenen deutschen Konkurrenten zu entledigen. Es schuf das Einkreisungssystem, das politisch dem von Kitchener gegen die Buren militärisch angewandten Blockhaussystem entsprach und verwandelte in den Jahren von 1914 bis 1918 im Namen der Demokratie und ähnlicher schöner Dinge durch die Hungerblockade ganz Mitteleuropa in ein riesenhaftes Konzentrationslager. Der Krieg wurde zwar von England nicht mit Menschlichkeit geführt — das wagte selbst ein englischer Kriegsminister nicht zu behaupten — aber im Namen der Menschlichkeit. Im Konzentrationslager Deutschland starben etwa zwei Millionen Frauen, Kinder und Waffenunfähige an Hunger und Krankheiten. England nahm den Deutschen an Besitz fort, was es erfassen konnte und verschonte nicht den ärmsten deutschen Arbeiter, dessen Habe in seinem Bereiche lag. Den deutschen Namen schändete England in einer Weise, daß der für die öffentliche Meinung ausschlaggebende „man in the street", der Mann auf der Straße, die englische Masse Mensch, außerstande war, nach den Beschreibungen seiner Regierung den Deutschen von einem Tier zu unterscheiden. Die Phantasiezeichnung von dem belgischen Mädchen, das anklagend seine blutigen Armstümpfe zum Himmel hob, durfte in keinem ordentlichen englischen Hause fehlen. Und neben der Geschichte von den abgehackten Händen der belgischen Kinder trat die Geschichte vom Leichenfett. Sie ist unter der Bezeichnung der „Kadaververwertung" in Deutschland bekannt geworden. In England hieß es, die Deutschen hätten, um ihrem Mangel an Schmiermitteln abzuhelfen, die Leichen der Gefallenen auf den Schlachtfeldern gesammelt und das Leichenfett zu Seife und zum Schmieren der Geschütze verwendet. Lord Robert Cecil, der Blockademinister, bestätigte im April 1917 auf eine Anfrage im englischen Unterhause die Wahrheit dieser Behauptung. Er sagte, er habe sie aus deutschen Blättern! Bis jetzt hat Lord Cecil die Behauptung noch nicht widerrufen.

Nachdem der Vernichtungskampf gegen Deutschland vier Kriegs- und sieben sogenannte Friedensjahre angedauert hatte, reisten der englische Außenminister Chamberlain und seine Frau am 5ten Oktober 1925 nach der Südschweiz, wohin man außer englischen Bundesgenossen auch zwei deutsche Minister bestellt hatte. Man hatte in Locarno schönes Wetter und Möglichkeiten zu garden parties. Außerdem hatte man einige Juristen mitgenommen, die ein paar Verträge auszuarbeiten hatten, damit dem Mann in der Straße, auch dem Journalistenmanne am Telegraphen, etwas erzählt werden konnte. Auslegungen der Verträge sind möglich wie Sand am Meer, aber darauf kam es im Grunde gar nicht an, — denn Stimmung war die Hauptsache, Freundschaftsstimmung! Herr und Frau Chamberlain hatten in diesen Tagen Geburtstag, und so durften die umgänglichen deutschen Minister mitfeiern. Die Stimmung stieg mit jedem Tage, und als der Orangenblütenfahrer Chamberlain wieder in London war, plakatierte er in einer für englische Verhältnisse überschwänglichen Form: Deutschland und England haben endlich Frieden geschlossen. In Locarno hätte man sich in Freundschaft und Vertrauen die Hände geschüttelt. Der Weg zur Freundschaft mit den ehemaligen Feinden stünde jetzt weit offen.

England hat in Locarno nichts gegeben, nicht einmal etwas zurückgegeben. Es hat allerdings auch ausnahmsweise nichts Neues genommen. Ueber die Frage der deutschen Kolonien hat Chamberlain sich in London gleichfalls äußerst wohlwollend geäußert: Selbstverständlich habe Deutschland das Recht auf Kolonialmandate, wenn es erst im Völkerbunde wäre, warum solle es nicht das Recht dazu haben? Er, Chamberlain, wisse nur nicht, wo die Kolonialmandate herkommen sollten.

Als die locarnoer Konferenz beendigt war, erklärte der englische General Charteris, der frühere Leiter des geheimen englischen Nachrichtendienstes, öffentlich in Neuyork: Die Geschichte mit dem Leichenfett sei von ihm selber erfunden worden, um die Welt, namentlich Ostasien mit seinem Totenkult, gegen die Deutschen aufzuhetzen. Und er erläuterte eingehend, auf welche Weise die Fälschung zustande gekommen war.

Die Freundschaftsreden Chamberlains und die Enthüllungen von Charteris sind keine Zufälligkeiten. Sie haben eine bestimmte Bedeutung und zwar sind sie das Symptom dafür, daß England den Zeitpunkt für gekommen hält, um den etwa seit 1905 gesteuerten, gegen Deutschland gerichteten außenpolitischen Kurs endgiltig herumzuwerfen. England hat dasjenige von Deutschland genommen, was zu nehmen war, und es findet, daß der Rest von Deutschland durchaus geeignet ist, ihm gute Dienste zu leisten. Dieser Dienst besteht darin, daß Deutschland England durch das gute Einvernehmen von Locarno dabei nützlich sein kann, Frankreichs Drohung gegen das britische Mutterland abzuschwächen.

Die Absicht des Händeschüttelns mit den Deutschen hatte die englische Politik schon gleich nach dem Waffenstillstand. Die in Deutschland anwesenden englischen Generale haben darüber genug aus der Schule geplaudert. Diese Politik kam aber bei der Unzulänglichkeit Lloyd Georges nicht gegen die Energie Clemenceaus auf. Außerdem stand die Meinung des durch die Kriegspropaganda aufgehetzten englischen „Manns in der Straße" einer Befreundung mit den „Hunnen" im Wege. Man hätte 1919 für eine derartige Politik auch englischerseits Opfer bringen müssen. Man wartete also ab, wartete bis zu der Geburtstagsfeier des Herrn Chamberlain auf der Orangenblüte. Dort wollte man alles umsonst bekommen, die französische Entwaffnung, die deutsche Freundschaft, und dadurch den freien Rücken in Europa, das heißt die Rettung des stützungsbedürftigen Empire. Die einzige Arbeit, die dafür nötig schien, war erstens, mit deutschen Ministern zu frühstücken; zweitens, einen Protest des Mannes in der Straße gegen die Freundschaft mit den „Hunnen" zu verhindern. Herr und Frau Chamberlain haben das Erste besorgt. Und General Charteris hat in Neuyork mit dem Zweiten begonnen.

„Wenn ein Volk", lies die Deutschen, „wagen würde, die in Locarno hergestellte Harmonie zu zerstören, so würde es der Fluch der ganzen Welt treffen", hat Chamberlain ein paar Wochen später feierlich erklärt. Warum sollen die Engländer sich auch mit den Deutschen nicht befreunden, wenn sie so viel für so wenig bekommen können?

Empfinden erkennt die Gesellschaft ihren Feind, schließt sich gegen ihn zusammen und isoliert ihn. Sein juridisches Räsonnement ist für sie verantwortungsloser Subjektivismus, seine Verhaltung ressentiment-erfüllter Verrat an ihren lebensnotwendigen Gesetzen und an seiner Gentleman-Pflicht. Jeder kollektive Verband, der noch an den Sinn und die Aufgabe der Erhaltung seines Gemeinschaftsbewußtseins glaubt, wird und muß so handeln.

Galsworthy zeigt, wie ein minderwertiger Typus, der, von seiner bluthaften Familientradition losgelöst, ohne eigene soziale Substanz und Verantwortung, in die herrschende englische Gesellschaftsschicht eindringt und deren Ordnungen zersetzt, da er nur an ihren peripherischen Aeußerungen, nicht an ihrem Ethos teil hat. Die früher gesicherte Assimilationskraft dieses solidarischen Gentleman-Ethos versagt, da es sich durch die Verseuchung mit kapitalistischen Wertungen die Ansatzpunkte zur Auflösung selbst geschaffen hat.

Wie die nobilitierten Generalpächter des ancien régime (wie Max Scheler gezeigt hat), durch ihre bürgerlich-merkantilistische Verhaltung den Sinn der feudalen Ordnung verfälschten und zerfetzten, so wirkt der Typus de Lewis mit seiner bindungslosen Gesinnung in der heutigen englischen Gesellschaft. Das ist der Sinngehalt des spannenden Theaterstücks John Galworthys. —

Es ist außerordentlich bemerkenswert, daß den bekannten Zersetzungserscheinungen des englischen Reiches, der „verlorenen Herrschaft", der Verselbständigung der Dominions, der raschen Radikalisierung und wachsenden Gegnerschaft der Arbeiter gegen das Imperium eine solche Bekundung über den bedrohten Kern der sozialen Struktur Englands sich anreiht. Wir vermögen kaum zu sagen, wie weit diese Aeußerung symptomatisch ist. Daß sie aber von einem der sichtbarsten dichterischen Geister Englands, einem Bejaher und fast Bewunderer der Gesellschaft, getan wird, legt die Frage nahe, ob auch die englische Gesellschaft in das Stadium der Liquidation getreten ist? An ihrer Existenz hängt aber die Fortdauer der englischen oligarchischen Demokratie und ihrer Weltherrschaft. Wenn die normative Geltung der Gesellschaft zerbröckelt, wenn die Wirkungsmacht des von ihr getragenen Gentleman-Begriffes und seine historische Traditions- und Auslesekraft versagt, so versinkt auch England in den Zustand des sozialen und führerlosen Chaos, dem wir lange verfallen sind. Und auch in England wird das Ringen einer kleinen Minorität um einen neuen der Herrschaft würdigen Typus beginnen, dessen Kampf um die Wiederaufrichtung einer positiven Lebensordnung auch dort Sein oder Untergang entscheidet.

Norwegen und Dänemark.

Von **Georg Dietwede.**

Fünfzig Jahre und länger ist Dänemark mit der Frage Nordschleswig-Sönderjylland hausieren gegangen. Immer ist es demütig als der vergewaltigte Kleine aufgetreten, der lieber Unrecht litt, als Unrecht tat. Heute hat es seinen eigenen Reiz, diesen Gerechten einmal von einer andern Seite zu betrachten, vom Standpunkt eines Volkes, das ein halbes Jahrtausend lang mit Dänemark unter einem Hut vereinigt war und das jetzt energisch seine eigenen Wege geht: von Norwegen.

Unserer Erinnerung hat sich zwar stärker eingeprägt, daß sich das Nationalgefühl der Norweger gegen den politischen Verband mit Schweden empörte und die Personalunion im Jahr 1905 zerriß. Aber die staatsrechtliche Trennung von Schweden, an das die Norweger seit 1814 gebunden waren, hat sich leichter vollzogen als die kulturelle Befreiung von Dänemark, mit dem es vorher viel länger vereinigt gewesen. In den vier bis fünf Jahrhunderten dieser Vereinigung drang das Dänische ins Land, wurde die Sprache der gebildeten Norweger und einer der größten Dichter norwegischer Abkunft, Holberg, gehört infolgedessen der dänischen Literatur an, wie auch der größte Seeheld unter den Normannen der Neuzeit, Tordenskjöld, im Dienste der Dänen focht und mit seinen Taten die dänische Geschichte ziert. Und die norwegischen Bauernsöhne mußten jahrhundertelang ihr Blut für Dänemark vergießen.

Noch heute besteht die Außenpolitik Norwegens und ein Teil seiner Innenpolitik tatsächlich darin, daß man versucht, die Ueberreste der jahrhundertelangen dänischen Vorherrschaft zu beseitigen.

In der inneren Politik macht sich diese Befreiung von den immer noch vorhandenen Resten dänischer Vormundschaft in Sprachbestrebungen geltend, nachdem die wirtschaftliche Befreiung (z. B. die Errichtung einer eigenen, nichtdänischen Amerikalinie für die norwegischen Auswanderer) vorausgegangen ist. Nachdem vor Jahrhunderten das Dänische die Sprache der Gebildeten geworden, sickerte es auch allmählich ins Volk und wurde hier, da die norwegische Zunge anders ist als die dänische, zum Rigsmaal, zu einer Abart des Dänischen, die sich nach Aussprache und Wortschatz ein wenig norwegisch gefärbt hat. Neben dieser ursprünglich dänischen Sprache besteht nun noch, besonders im Westen und Südwesten, das eigentliche Norwegisch, das Landsmaal, das ähnlich unserm Plattdeutsch in Mundarten sein eigenes Leben weitergeführt hat. Aus seinen Dialekten entwickelt sich aber seit einigen Jahrzehnten eine Schriftsprache, auf Grundlagen, die der geniale Bauernsohn und Sprachschöpfer Ivar Aasen gelegt hat. Ohne Zweifel ist diese Sprache reiner norwegisch als das Rigsmaal, ohne Zweifel hat sie in der letzten Zeit große Fortschritte gemacht. Sie ist in einem Drittel aller Schulen die herrschende Sprache geworden, und auf der befahrensten Eisenbahnstrecke des Landes, der Bergensbahn, hat sie von Schildern und Inschriften das Rigsmaal verdrängt. Neben dieser Sprachströmung besteht eine mildere, die sich damit begnügen will, ins Rigsmaal noch mehr rein norwegische Ausdrücke einzuführen, wie es z. B. Björnstjerne Björnson schon getan. Ein weithin sichtbares Zeichen für dies Streben, das Dänische aus dem Norwegischen zu entfernen, war die Umwandlung des Namens der Hauptstadt. Und es muß als ein Sieg dieser Bestrebungen gedeutet werden, wenn man heute nicht mehr Christiania nach dem Namen des Dänenkönigs, sondern Oslo nach der alten norwegischen Bezeichnung sagt.

Und nach außen hin mußte die Politik ebenfalls mit dem heutigen Dänemark in Konflikt kommen. Als 1814 Norwegen von Dänemark losgerissen und unter Bernadotte mit Schweden vereint wurde, blieben infolge der mangelhaften Geschichtskenntnisse gewisser Diplomaten diejenigen Gebiete bei Dänemark, die von Norwegen aus entdeckt und teils auch kolonisiert waren: Die Färöer, Island und Grönland. Auf Island spricht man altnorwegisch, auf den Färöern eine Sprache, die dem Landsmaal nahe verwandt ist. Der Isländer, der den Dänen als seinen alten Unterdrücker hassen gelernt hat, erinnert sich gern seiner norwegischen Herkunft und hat sich in langem, hartnäckigem Ringen von Dänemark befreit, so daß nur noch der König und der außenpolitische Dienst gemeinsam sind. Auf den Färöer gibt es eine ansehnliche Partei, die unter dem Königsbauern Paturssон die Trennung von Dänemark und die Wiedervereinigung mit Norwegen betreibt.

Aber diese geschichtlichen und kulturellen Bande würden bei der Friedensliebe der nordgermanischen Völker nicht hingereicht haben, um einen Konflikt zu entfachen, wenn nicht die wirtschaftlichen Interessen eines Teils der norwegischen Bevölkerung die Erschließung Grönlands verlangten.

Grönland wurde 982 von Island aus durch die Normannen entdeckt, als sie noch nicht unter dänischer Herrschaft standen. Die Hoheit Dänemarks über Westgrönland entstand, als Norwegen und Dänemark bereits zu einem Königreich vereinigt waren. Ostgrönland mit seinem ewigen Eis blieb Niemandes Land, bis sich Dänemark beim Verkauf Westindiens die Zustimmung der Vereinigten Staaten von Amerika zur Annexion Ostgrönlands geben ließ. Gegen diesen Anspruch Dänemarks auf Ostgrönland hat Norwegen protestiert.

Es fehlt aber in Norwegen nicht an Stimmen, die mehr wünschen. Von den etwa drei Millionen Einwohnern des Landes ist und ein Sechstel auf Seefischerei angewiesen, und die Fischgründe gehen hoch ins Eismeer, auch an der Westküste Grönlands entlang. Einige dieser Fischer kamen nun im vergangenen Sommer in Seenot. Es bleibt ihnen nichts übrig, als den grönländischen Hafen Godt Haab anzusteuern, um dort Wasser einzunehmen. Da die Anseglungsmarke vor Schneemassen unkenntlich ist, rufen sie einen Eskimo im Kajak an, der sie auch glücklich in den Hafen lotst. Hier wird der Eskimo von den Dänen sofort abgeführt und zu einem Jahr Strafkolonie verurteilt, weil er sich mit Nichtdänen eingelassen hat, und die Norweger werden strengen Tones belehrt, daß außer Dänen kein Europäer an Land gehen, kein Europäer mit den Eingeborenen sprechen oder gar handeln dürfe. Bei einer zweiten Notlandung wird ihnen mit der ganzen Schärfe des dänischen Gesetzes gedroht, so daß sie unverrichteter Sache nach Norwegen zurückkehren.

Dieser Fall hat viel Staub aufgewirbelt, und mehrere norwegische Politiker haben nun auch die dänische Herrschaft über Westgrönland unter die Lupe genommen. Dänemark erklärt, daß dieser hermetische Abschluß Westgrönlands zum Schutz der Eingeborenen nötig sei, die vor Bakterien und Spirochäten, vor Schwindsucht und anderen Seuchen besonders behütet werden müßten. Man erinnert sich aber, daß Dänemark auf Island jahrhundertelang ein ähnliches System anwandte, ohne hygienische Begründung, lediglich damit der Däne (und kein anderer Europäer) dort durch Tauschhandel reich werde. Die Besorgnis des Dänen um die Gesundheit der Eskimos, so hört man, sei eigentlich nur ein Rest dieses kolonialen Ausbeutungssystemes: die kostbaren Felle der Polartiere würden um einen Spottpreis den Eingeborenen abgenommen und mit gewaltigem Gewinn vom Dänen weiterverkauft.

Daher verlangt eine Gruppe norwegischer Politiker, daß man Dänemark zwingen solle, Grönland auch andern seefahrenden und handeltreibenden Nationen zu öffnen, wie seinerzeit China gezwungen wurde, das Betreten seiner Häfen auch andern Sterblichen zu gestatten. Es ist wohl zunächst die sogenannte „liberale Linke" gewesen, die diese Forderung erhoben hat, eine Partei, die etwa unsern Nationalliberalen entspricht, und dann der Bauernbund. Natürlich denken diese Politiker nicht an einen Krieg mit Dänemark. Sie wissen auch, daß dies nicht der letzte Konflikt mit Dänemark sein wird. Es gibt eben noch Reste eines dänischen Imperialismus, die den Lebensbedürfnissen des norwegischen Volkes im Wege stehen.

Pflicht oder Psychologie?

Man schreibt uns:

Im münchener „Dolchstoßprozeß" sagte Vizeadmiral von Trotha: „Ich kann nicht verstehen, wie ein derartiges Waffenstillstandsangebot der Obersten Heeresleitung im Zusammenhang gebracht werden kann mit der Pflicht, die ich habe, mein Leben für das Vaterland einzusetzen. Mein Gedanke ist der: Wenn die Not so groß ist, habe ich jetzt dreifach die Pflicht, mein Leben einzusetzen." Rechtsanwalt Dr. Hirschberg wirft dazwischen: „Das ist eine Frage der Psychologie." Und Vizeadmiral von Trotha antwortet: „Der Pflicht!"

In dieser kurzen Diskussion stehen sich zwei Weltanschauungen gegenüber, die einander nie begreifen werden, ja, die sich mit Naturgesetzlichkeit bekämpfen und hassen müssen. Zwei Welten stehen sich seit dem 19ten Oktober vor dem Richter in der Au zu München als Kläger und Angeklagte gegenüber. Kläger ist der Form nach Professor Paul Coßmann, der Herausgeber der „Süddeutschen Monatshefte", Angeklagter der Chefredaktör der sozialistischen „Münchner Post" Martin Gruber. Gegenstand der Klage sind mehrere Aufsätze der „Münchner Post", in denen der Kläger als Geschichtsfälscher, Ehrabschneider, Verleumder bezeichnet wird, weil er in zwei „Dolchstoß"-Heften seiner Zeitschrift die Feststellung zu erhärten suchte, daß unsere Kriegsfront durch sozialistische Wühlereien erdolcht und dadurch der Zusammenbruch Deutschlands mehr oder minder absichtlich herbeigeführt worden ist. Professor Paul Coßmann will vor dem Gericht in der Au den Wahrheitsbeweis für seine Behauptung erbringen — und die Gegenpartei will das Entsprechende versuchen für ihre Anschauung: daß der Zusammenbruch der Front durch Hunger und Not, durch falsche politische und militärische Maßnahmen, schließlich durch die Uebermacht der Feinde, nicht aber durch sozialistischen Hochverrat verursacht worden und die „Dolchstoß"-Legende also Lüge sei. So die Prozeßlage. Eine große Anzahl von Zeugen, unter ihnen bekannte und bekannteste Männer der Heeresführung, der Marineleitung, der Politik, sind geladen und sind zum Teil schon vernommen.

Das nationale Unglück, in seiner ganzen Größe, die Tragödie des deutschen Volkes vom Jahre 1918 rollt lebendig wie ein erschütternder Film noch einmal vor unsern Augen ab. Noch einmal vernehmen wir in phrasenloser, vom Eid erhärteter Rede aus dem Munde der militärischen Führer von damals die Heldenmär des Großen Krieges. Wir stehen plötzlich wieder mitten drin im unerhörten Kriegserlebnis, im weltanstürmenden Wollen und Wagen — hinter uns das Vaterland, das wir mit unseren Leibern decken durften wider die Vernichtungswut der Feinde. Wir stehen wieder inmitten unserer Blaujacken auf den stolzen Schlachtkreuzern unserer kaiserlich-deutschen Flotte, ihren

schneidigen Torpedobootsdivisioner ihren todesmutigen U-Bootsstaffeln, ihren kühnen Fl.-gergeschwadern. Und der Mann, der uns in ungeschminkten, ehrlich-stolzen Worten vor Gericht davon erzählt, Vizeadmiral a. D. von Trotha, er ist die sichtbare Verkörperung jenes heldenhaft-schlichten Geistes der Tat, der unserer Marine sieghaftes Wahrzeichen war und der in Zeiten vaterländischer Not sich nicht mit „psychologischen Erwägungen" um das eine Notwendige, die Aufopferung der eigenen Person um des ganzen Vaterlandes willen, herumdrückte, nein, der nur einen Willensantrieb kannte: die Pflicht! Nicht nur wir haben gegenüber so gerader Männlichkeit aufgehorcht, auch manchem Arbeiter, der im Zuhörerraum saß, zuckte es durchs Herz: in deinem Lager ist das bessere Deutschland, Admiral!

Pflicht, ja, das ist es, was das revolutionsgeborene Deutschland nicht mehr kennen will. Weil sie ihre Pflicht dem geschworenen Eide und dem deutschen Vaterlande gegenüber nicht mehr erfüllen wollten, deshalb haben die Schurken von 1917 und 1918 Revolution gemacht. Der Verteidiger der „Münchner Post", der Rechtsanwalt Dr. Hirschberg, früher namhaftes Mitglied der Unabhängigen Sozialistischen Partei, Liebknechtflügel, wollte die Meuterei in der Marine „psychologisch" verständlich machen. Doch in schneidiger Parade zerfetzte der Gegenhieb „Pflicht" die Seifenblase „Psychologie".

Damit hätte man den Prozeß abschließen dürfen. Was zu klären war, ist geklärt: das alte monarchische Deutschland, das Deutschland, das Ehre und Ansehen in der Welt genoß und das vier Jahre lang einer Ueberzahl von Feinden getrotzt — hungernd, frierend, leidend, opfernd — jenes Deutschland war auf dem Felsen der Pflicht aufgebaut. Das republikanische Deutschland aber, das seinen Ursprung genommen in den Meutereien verhetzter Matrosen und in der Fahnenflucht feiger Soldaten, ruht auf dem Sumpfboden der „Psychologie". In den Fraktionsräumen gewisser Reichstagsparteien, in den Redaktionen gewisser Zeitungen, in dunklen Hinterzimmern, wo bei Kerzenschein russische Rubel, englische Pfund und französische Franken zwischen Bergen von Flugblättern grinsten, dort verstand man sich auf „Psychologie". Dort griff man mit teuflisch geschickten Fingern in die Seele unseres Volkes hinein und infizierte sie mit seinem Gift. „Ach was, Pflicht! Jeder ist sich selbst der Nächste! Wenn du tot bist, gibt dir niemand etwas dafür. Vaterland? — Unsinn! Völkerbund, Völkerfriede, das ist allein menschenwürdig! (Spürt ihr den süßen Trank?) Wir müssen nur den Mut (jawohl: den Mut!) zum Anfang haben! Weg mit den Militaristen! Weg mit den Fürsten! Sie sind auch bloß Menschen und haben kein Recht, über uns zu herrschen. Wir sind ein freies Volk, längst schon mündig. Weg mit dem Obrigkeitsstaat, der nur das Herrenwort „Pflicht" kennt! Rechte wollen wir! Frieden! Freiheit! Weg mit den Waffen!"

So sah die „Psychologie" aus, die sich der „Pflicht" entgegenstemmte: Und die Psychologie besiegte die Pflicht. Die Treue siegten. Die Waffen wurden zurückgezogen, die Flotte verlegte den Gehorsam, als es galt, ein letztes Mal die Entscheidung zu unseren Gunsten zu wenden. Ein toller Rausch kam über's Volk. — Und seitdem gehen die Deutschen als Bettler durch die Welt. Bettler-Psychologen.

Ja, Psychologen waren sie alle, die Reichskanzler des Weltkriegs von Bethmann-Hollweg bis zum Prinzen Max von Baden. Gewiß keine Psychologen, die mit Hilfe ihrer „Wissenschaft" die Revolution herbeiführen wollten. Aber Psychologen der Schwäche waren sie, des „Ressintiments", wie der zünftige Politiker von heute sich ausdrückt. Und diese Psychologie der Schwäche ward die Nährmutter der Psychologie des Vaterlandsverrats.

Auch Psychologie ist im Leben notwendig, notwendig ganz besonders im Kriege. Und damit kommen wir zur Kehrseite der Medaille: Unserer Obersten Heeresleitung hat es an Psychologie im nicht unbeträchtlichen Umfange gemangelt. Das war unser tragisches Verhängnis. Unsere Oberste Heeresleitung hat sich zu sehr auf das deutsche Pflichtbewußtsein verlassen und darüber vergessen, daß die Menschen polare Wesen sind. Wir alle sind seelisch eingespannt zwischen die beiden Kräftepole Pflicht und — Selbstsucht. Und mit der Selbstsucht beschäftigt sich leidenschaftlich gerne die Psychologie. Auch die Oberste Heeresleitung hätte sich damit mehr beschäftigen sollen. Wenn auch nur, um immer rechtzeitig der Selbstsucht die Pflicht entgegensetzen oder noch besser, der Selbstsucht die Grundlagen vorenthalten zu können. Wie manche aufreizende, ungerechte, unkluge Kriegsmaßnahme wäre dann unterblieben, wie mancher Hetze wären die Zähne ausgebrochen worden und mancher Schuft, der heute noch die deutsche Erde schändet, wäre rechtzeitig aller psychologischen Problemsorgen enthoben worden.

Ja, es gibt auch eine Psychologie der Pflicht. Sie schließt mit wissender Hand den Kraftstrom, der Selbsterhaltungstrieb und selbstlose Pflichterfüllung zu höherer Einheit verbindet, zu jenem deutschen Menschen, der in Not und Gefahr zum Helden wird.

Aus ihm hat die Psychologie der Selbstsucht den Revolutionär und Meuterer, den Eidbrecher und Genußsüchtling von 1918 gemacht, der heute als Bettler und Sklave an allen Türen der Erde um ein Almosen anhält.

Richter in der Au zu München, nun sprich Recht! War die Revolution ein Dolchstoß, — war sie es nicht? Richter in der Au: das Urteil ist bereits gesprochen: Die Weltgeschichte ist das Weltgericht!

Franz Wetzel.

Kritik der Presse.

Wir haben uns öfter schon auf die Stimmen der parlamentarischen Mitte bezogen, um unsern Freunden eine entsprechende Erklärung der Lage zu vermitteln. Die demokratische Presse hat mit ziemlicher Nervosität das sich in mehreren dramatischen Akten vollziehende Ausbrechen der Deutschnationalen aus der Koalitionsverantwortung begleitet. Die heftigsten Töne fand Georg Bernhard, der wohl noch im Banne der schönen locarnoer Eindrücke stehend, das innerpolitische Chaos, das er hier vorfand, mit besonderem Unmut auf sich wirken ließ. Bernhard schimpft, wie er das tut, wenn er seine Distanz zu den Dingen verloren hat. Er meint, daß die Deutschnationalen Furcht vor ihren Wählern, Furcht vor den Völkischen, Furcht vor einander, und Furcht überhaupt vor Verantwortung hätten. Die Deutschnationalen hätten im deutschen Volke den Glauben an die kommende Revanche großgezogen. Er spricht von ihrer unverantwortlichen Soldatenspielerei, von ihrer dauernden Aufhetzung gegen die Alliierten (!), von ihrer Bekämpfung und Verdrehung aller derer, die für Erfüllungspolitik tätig waren. „Dieser ganze Klüngel von Kriegs-Derwischen hat die Not der besetzten Gebiete von Jahr zu Jahr vermehrt. Ihm war es recht, daß der Kampf um seine Parteikrippe bis zum Verbluten des letzten Rheinländers geführt wurde. Er hat durch seine Großmäuligkeit zum Leiden des Rheinlandes noch die unsagbare Not der Ruhrbevölkerung gefügt, um dann endlich einzusehen . . ." (!) — Es ist in der Tat ein reichliches Maß an Hilflosigkeit, das der Herr Chefredaktör des „bestredigierten Blattes der Welt" mit solcher zwar lauten, aber leeren Demagogie an den Tag legt. Aber in diesem Zusammenhange muß man daran erinnern, daß Locarno die Höhe einer Politik darstellt, mit der sich Georg Bernhard vollkommen einverstanden erklären konnte, nachdem er mit seinen Freunden von den „Sozialistischen Monatsheften" seit sechs Jahren konsequent auf solches Ergebnis hingearbeitet hatte. Ja, man kann sogar sagen, daß diese letzte Phase der Bernhardschen Erfüllungspolitik sich in einer Weise zu vollenden schien, wie es sich Bernhard nicht hat träumen lassen können: unter Mitwirkung der Deutschnationalen, und jetzt steht die Enttäuschung im genauen Verhältnis zu den hochgesteigerten Erwartungen. — Die entsprechende Linie, etwas vorsichtig allerdings, wird vom **„Berliner Tageblatt"** aufgenommen. Auch das „B. T." gibt seinen Unmut Ausdruck über den „Trümmerhaufen, den die Deutschnationalen bei ihrer Flucht aus dem Kabinett zurückgelassen" haben. Sie beherrscht sich jedoch. Sie ist im Bilde, was es für ihre Partei, was es außenpolitisch bedeutet, wenn der Reichstag aufgelöst würde. Die in Locarno so angenehm aufgenommenen Beziehungen würden leiden. Und so redet das „Berliner Tageblatt" über alle unmittelbare Aufregung hinweg der Linken gut zu, jetzt der Regierung Zeit zu lassen, daß sie sich umstellt, einmal indem sie die außenpolitischen Kombinationen weiter entwickelt, dafür aber auch innenpolitisch die Garantien bietet, daß nicht nachträglich, wenn der Vertrag von Locarno angenommen sein wird, die Deutschnationalen wieder in die Regierung hineinschlüpfen. Mit anderen Worten: Das „Berliner Tageblatt" sieht die Situation vollkommen politisch, indem es die Haltung der Sozialdemokraten als Geste wertet, die auf die Regierung einen entsprechenden Druck ausüben soll, ohne ernst genommen werden zu müssen. Das Wagnis der Reichstagsauflösung wird vermieden werden. Die volle Ernte kann unter dem Druck der Situation von einem Torso-Kabinett jetzt von links her eingebracht werden, wobei das Ausland als Bundesgenosse der Linken mithilft. — Die Rechte kann aus dem Aerger wie aus solcher nüchternen Kalkulation der Demokraten nur lernen. Worauf kommt es ihr an?: Will sie den Vertrag von Locarno zum scheitern bringen? Glaubt sie sich dazu in der Lage? Glaubt sie an einen Abstimmungserfolg bei Reichstagsauflösung? oder stellt sie sich heute schon auf eine Oppositionsstellung, die auf eine Rückkehr in das Kabinett in jedem Falle verzichtet? Sieht sie die für sie sehr schwierige Frontenbildung heute schon, mit der sie bei einer unter dem Druck der wirtschaftlichen Not und der allgemeinen Hilflosigkeit der Regierung immer mehr zunehmenden Radikalisierung der Volksstimmung schon heute rechnen muß? Sucht sie schon heute ihre Verbündeten dort, wo allein der Wille zum politischen Handeln und nicht nur zum ergebnislosen Kuhhandel auf dem Wege der parlamentarischen Abstimmungskompromisse in Betracht kommt? — Mitte und Linke stützen sich heute rücksichtsloser denn je auf die verzweifelte destruktive Stimmung der breiten Konsumentenkreise. Diese Stimmung ist die Katastrophenstimmung, mit der wir in Deutschland zu kämpfen haben. Hier gilt es vorurteilslos und sachlich zu berechnen, welche Kräfte dieser zerstörenden Macht einzig und allein entgegengestellt werden können.

An das Postamt .....

Bestellschein.

Der Unterzeichnete bestellt hiermit 1 Stück der Zeitschrift

Gewissen

für den Monat November zum Bezugspreise von 1,00 Mk.

Name .....

Ort und Straße .....

Jungkonservative Vereinigung

Dienstag, den 3. November:

Keine Veranstaltung

Büchereingang bei der Schriftleitung des „Gewissen".

Böttcher, Helmut. Rheinland und Sicherheitsfrage. Berlin, E. S. Mittler u. Sohn, 1925.

Burdett-Burchardt, Gertrud. Seelenschicksale. Hamburg, Volkswacht-Verlag.

von Hartmann, W. Frankreichs Militarismus am Rhein im Lichte französischer Kritik. Rheinische Schicksalsfragen, Schrift 10/11. Berlin, Reimar Hobbing, 1925.

Hochschule für nationale Politik

Beginn der Vorlesungen am Mittwoch, dem 4. November

Laufende Vorlesungen:

Prof. Dr. Spahn: Grundlagen der Politik
Prof. Dr. Solger: Das Volk als Organismus
Hans Schwarz: Metapolitische Grundfragen
Dr. M. H. Boehm: Wesen und Ursprung des modernen Nationalismus
Prof. Dr. Charlotte Engel Reimers: Entstehung der Großmächte
Dr. Walther Schotte: Elemente der Weltpolitik
Dr. Karl Hoffmann: Angelsächsische Weltpolitik seit dem Kriege
Dr. Heinz Brauweiler: Die berufsständische Bewegung und die Krise des modernen Staates
Günther Pacyna: Deutschlands weltwirtschaftliche Lage nach dem Kriege
Dr. Karl Haensel: Hugo Stinnes, der Mann und sein Werk
Prof. Dr. Solger, Dr. Karl Krüger und Dr. Karl Hoffmann: Das Erdöl

Vorlesungen außer der Reihe:

Prof. Dr. Hoetzsch: Staatenbünde des europäischen Ostens
Prof. Dr. Brunstäd und Prof. Dr. Ziesché kündigen Gegenstand und Zeit ihrer Vorlesungen noch besonders an.

Vorlesungsverzeichnisse kostenlos durch das Sekretariat der Hochschule, Berlin W 30 Motzstraße 22, II, Zimmer 202 (Tel.: Lützow 4955). Anmeldungen täglich (außer Sonnabend) von 2–6 Uhr nachmittags im Sekretariat.

Im Ring-Verlag erschien:

Wirtschaftliche Selbsthilfe

gegen das

Londoner Abkommen

von Heinz Brauweiler

56 Seiten / Kartoniert / Preis Mark 2.—

Bestellungen nimmt entgegen der Buchversand des

Ring-Verlages, Berlin W30, Motzstraße 22

Verlag und Schriftleitung: Ring-Verlag G. m. b. H., Berlin W.30, Motzstr. 22. Für den Inhalt verantwortlich: Hanns F. Frosch, Berlin. Druck: Neudeutsche Verlags- u. Treuhand-Gesellschaft, Berlin
Das „Gewissen" erscheint wöchentlich, Sonnabends, mit Tagangabe vom nächsten Montag. — Bezug: Im Inland: Durch die Post monatlich Mark 1,00; durch den Verlag Mark 1,25
Mitteilungen an die „Gesellschaft der Freunde des Gewissens" erbitten wir uns unter der Anschrift: „An den Ring-Verlag, Berlin W.30, Motzstraße 22".

Geldsendungen erbitten wir auf Postscheckkonto „Berlin 860 75 Ring-Verlag" oder auf Konto „Ring-Verlag G. m. b. H." beim Bankhaus F. W. Krause & Co., Berlin W. 8, Behrenstraße 2.
Anzeigen: Die 6gespaltene Nonpareillezeile 0,15 Goldmark; die 3gespaltene Reklamezeile 0,40 Goldmark.